

(Vorerst) letzte AKW-Debatte

Grosser Rat Regierung wehrt sich nicht nur gegen Atomkraftwerk, sondern stellt sich auch hinter BKW

VON THERESE HÄNNI (SDA) / SAMUEL THOMI

Vertreter von SP und Grünen nutzten gestern die grossrätlische Fragestunde als letzte Gelegenheit, vor dem Urnengang am 13. Februar den umstrittenen Ersatz des AKW Mühleberg im Parlament noch einmal zu thematisieren. Die Ratsmitglieder beschäftigten unter anderem Fragen nach dem ebenfalls geplanten Zwischenlager für radioaktive Abfälle. Andreas Hofmann (SP/Bern) etwa kritisierte, das Berner Stimmvolk habe sich 1983 an der Urne deutlich gegen ein Zwischenlager als «Dauerzustand», gegen Abfälle anderer AKW und erst recht gegen die Zwischenlagerung von hoch radioaktivem Müll ausgesprochen.

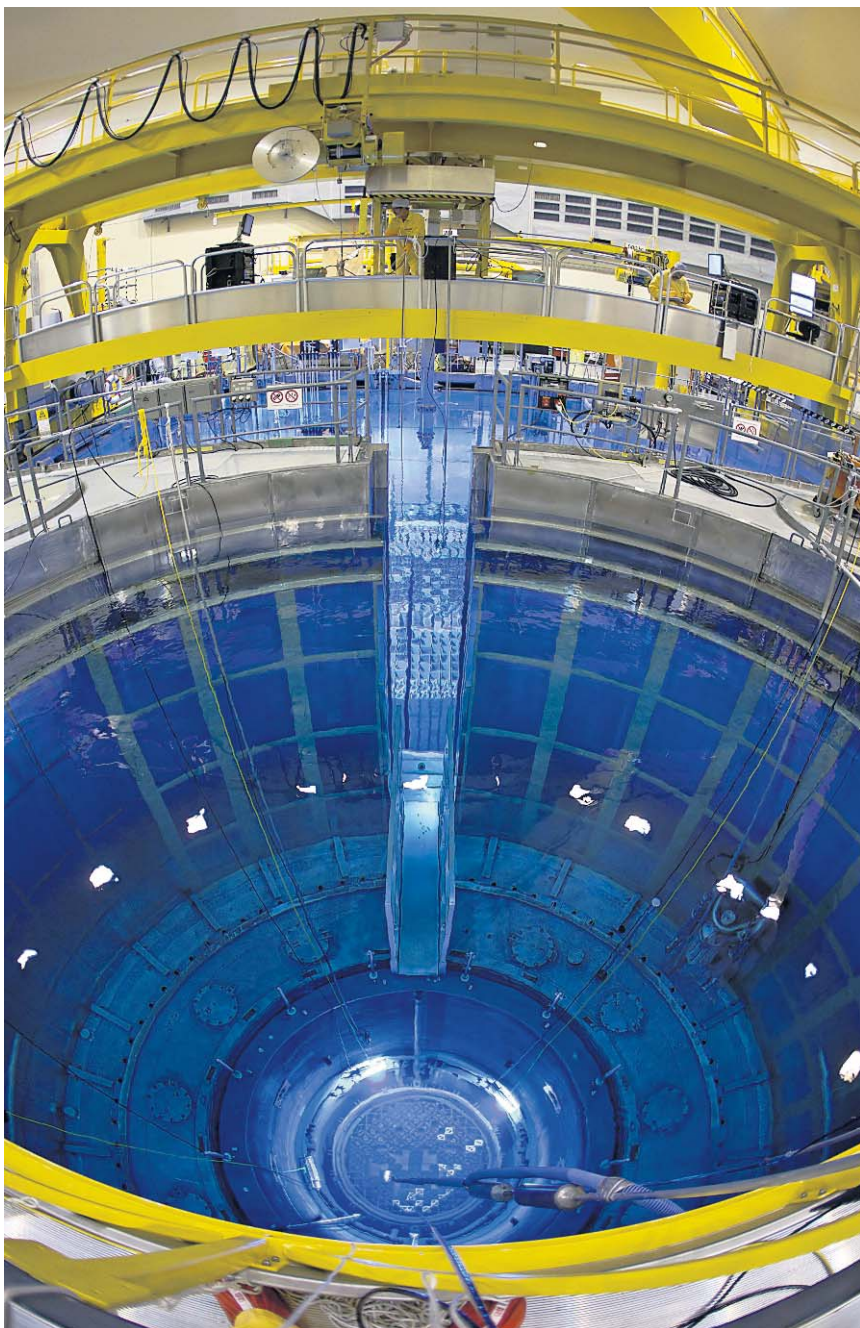
«Es ist nicht geplant, Abfall anderer AKW in Bern zu lagern.»

Barbara Egger, Regierungsrätin

Es sei nicht geplant, radioaktive Abfälle anderer Kernkraftwerke in Mühleberg zwischenzulagern, antwortete Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer (SP). Der Bau eines Zwischenlagers würde zudem erst nach Inbetriebnahme eines neuen AKW an die Hand genommen, 2025 bis 2030 also. Hoch radioaktiver Müll würde erst danach in Mühleberg deponiert.

Zudem gehe die BKW Energie AG als Betreiberin des AKW davon aus, dass der Bund rechtzeitig wie im nationalen Kerngesetz festgeschrieben ein Endlager bereitstellen werde und das Zwischenlager somit kein «Providurium» sei, antwortete Egger SP-Grossrätin Nadine Masshardt (Bern).

Auch der Entscheid der BKW, ihre Ziele im Bereich neue erneuerbare Energien zu senken, gab Anlass zu Fragen. Die BKW habe ihre Ziele



Blick in den offenen Reaktordruckbehälter des AKW Mühleberg – aufgenommen während der Revisionsarbeiten letztes Jahr. G. BALLY / KEY

Seelsorger gegen AKW

23 Pfarrerinnen und Pfarrer aus dem Kanton (ohne Oberaargau/Emmental) haben sich zum Komitee «Seelsorgerinnen und Seelsorger gegen Mühleberg II» zusammengeschlossen. Ethische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Argumente sprächen gegen das neue Atomkraftwerk: «Die Zukunft gehört der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien», so das Komitee. «Die Kirchenleitung hat noch keine konsolidierte Meinung», lässt sich dagegen Synodalarbeitspräsident Andreas Zeller im Januar-«Reformiert» zitieren. Die Landeskirche Bern-Jura-Solothurn erarbeite derzeit für die 2013 stattfindende nationale Abstimmung eine Position. (SAT)

nicht gesenkt, weil sie nicht an das Potenzial glaube, so Egger. Es sei vielmehr so, dass Projekte für die Nutzung erneuerbarer Energien lokal oft auf grossen Widerstand stiessen. Die Regierung nehme den Entscheid der BKW mit Bedauern, aber auch einem gewissen Verständnis zur Kenntnis.

Im Rahmen der Fragestunde hatte Energiedirektorin Barbara Egger aber noch mehr Arbeit: Zum Vorschlag der Aarwanger Solarfirma Megasol sagte die Energiedirektorin, sie habe «nur aus der Presse Kenntnis» von der Offerte und könne daher nicht näher Stellung zum Alternativ-Kraftwerk (az Langenthaler Tagblatt berichtete) nehmen.

Zur mehrfach kritisierten «Informationszeitung», welche die BKW in alle Haushalte in den Kantonen Bern und Jura verteilen liess, antwortete Barbara Egger: Es seien ihr keine inhaltlichen Verfehlungen bekannt. Und die BKW dürfe sich laut ihren «Grundsätzen zur Information» zu politischen Themen, die sie direkt betreffen, auch sachlich äussern.

Nachrichten

Ehrung Kilian Wenger nicht benachteiligt



KEY

Schwingerkönig Kilian Wenger aus Diemtigen wurde vom Kanton nicht geschnitten, als er letzten Herbst nicht zur Wahl als «Berner Sportler des Jahres» vorgeschlagen wurde: «Der Berner Oberländer hat seinen grossen Titel erst ein paar Tage vor der Ehrung geholt», antwortete Polizei- und Militärdirektor Hans-Jürg Käser (FDP) in der gestrigen Fragestunde Christoph Berger (SVP/Aeschi). Käser: «Daher verliert die Regierung Kilian Wenger als Sonderpreis dennoch den «Berner Sportbären».» (SAT)

Fragestunde Ursula Wyss' «Ausladung» war korrekt

Das Langenthaler Spital Region Oberaargau (SRO) handelte im Sinn seines Besitzers: Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud (SP) stellte sich gestern auf die Frage von Grossrat Markus Meyer (SP/Roggwil) hinter Spitaldirektor Andreas Kohli. Der hatte SP-Ständeratskandidatin Ursula Wyss auf ihrer Wahltournee am Montag durch den Oberaargau nach anfänglicher Zusage nach einer Intervention von SRO-VR-Präsident und BDP-Grossrat Dieter Widmer wieder ausgeladen (vgl. gestriges az Langenthaler Tagblatt). «Laut dem kantonalen Informationsgesetz hat das Spital auf jede Einmischung in Wahlkämpfe zu verzichten», so Perrenoud. «Da darf das Parteibuch keine Rolle spielen.» (SAT)

Regierung Saatkrähen in Biel nicht abschiessen

Einmal mehr waren Saatkrähen gestern im Kantonsparlament Thema: Grossrat Peter Bonsack (EDU/Kallnach) fragte, ob der Regierungsrat denn wirklich keine Möglichkeit sehe, das Verbot zur Bekämpfung der Krähen zu lockern. «Nein», hielt Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher (SP) entgegen. «Saatkrähen stehen unter nationalem Schutz.» Bonsacks Ärger: Elf Nester auf dem Friedhof Mett. «Bereits spüren die Krähen den Frühling und rufen uns zum Bau der Nester Pflanzen aus», so der Leiter Stadtgärtnerei und Friedhöfe Biel. «Man sollte daher ab und zu ein paar Tiere abschiessen dürfen.» Dass dies heiss umstritten ist, zeigten Debatten vor sechs Jahren, als die damalige Volkswirtschaftsdirektorin Elisabeth Zölch (Ex-SVP) massiv bedroht wurde; oder Diskussionen aus dem letzten Jahr, als im Emmeschachen in Rüdtilgen-Alchenflüh Saatkrähen abgeschossen wurden. (SAT)

WankdorfCity Baugesuch wird heute publiziert

Das Baugesuch der Stadt Bern für das Grossprojekt Wankdorf-City wird heute publiziert. Das teilte die Finanzdirektion mit. Der Baubeginn ist für Spätsommer 2011 vorgesehen. Das Gebiet des ehemaligen städtischen Schlachthofs befindet sich im Eigentum des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Auf dem Gelände soll in den nächsten Jahren das Dienstleistungs- und Geschäftsquartier WankdorfCity entstehen. Die Stadt muss dazu die Erschliessung mit Wasser, Abwasser und Strom sicherstellen. Das Gesuch umfasst auch die Realisierung der Strassen, Plätze und Bepflanzung. (SDA)

Randregionen punkten

Grosser Rat In ländlichen Gebieten des Kantons könnte die Einzonung von Bauland künftig leichter werden. Auf Geheiss des Parlaments muss die Regierung Ausnahmeregelungen prüfen. Konkret gehts um die 80/20-Regel. Sie will, dass 80 Prozent der Neueinzonungen mit öffentlichem Verkehr (öV) erschlossen sein müssen.

In Städten und Agglos sei das kein Problem, betonten die Vorstösler. Auf dem Land aber verhindere die Regel eine sinnvolle Entwicklung. Als Beispiel nannten sie das Diemtigtal. Im 30 Kilometer langen Tal sei einzig der vorderste Ort Oey erschlossen. Es mache wenig Sinn, einen Sonnenhang zu verschonen und dagegen Talboden zu verbauen, nur weil der am öV liege, so Thomas Knutti (SVP/Weissenburg).

Peter Bernasconi (SP/Worb) erwiderte: Erst letzte Session habe der Grosse Rat entschieden, keine Fruchtfolgeflächen einzuzonen und Agrarflächen zu erhalten. Nun komme aus ebendiesem ländlichen Raum eine gegensätzliche Forderung. Hans Rudolf Feller (FDP/Steffisburg) gab zu bedenken, die 80/20-Regel erlaube, 20 Prozent der Einzonungen ausserhalb des erschlossenen Gebiets vorzunehmen.

Ob jemand «ein Juchartli Schattland» verkaufen wolle und dafür eine «Lex Diemtigtal» brauche, wurde mit einem Zwinkern gemutmasst. Das sei nicht so, sagte Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP). Diemtigen sei aber eine der ersten Gemeinden, die nach den neuen Vorgaben ihre Ortsplanung revidierten. Doch die Regierung lehne die Forderung ab. Wenn, dann wolle der Bund Verschärfungen, warnte Neuhaus. Das Parlament überwie die Forderung als unverbindlichen Prüfungsauftrag mit 106 zu 37 Stimmen (1 Enthaltung). (SDA/SAT)

Kein weiterer Bonus-Malus bei Sozialhilfe

Filag Das Bonus-Malus-System für Sozialdienste hat gestern erneut die Gemüter im Grossen Rat erhitzt. Der Grosse Rat lehnte es schliesslich ab, den Mechanismus auf mehr Sozialdienste auszuweiten. Nach der gültigen Regelung würden aktuell 10 Sozialdienste für kostengünstige Arbeit einen Bonus erhalten, 13 müssten einen Malus gewärtigen. BDP-Grossrat Mathias Tromp (Bern) und SVP-Grossrat Andreas Blank (Aarberg) schlugen in der zweiten Lesung des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (Filag) eine Regelung vor, bei der aktuell 13 Sozialdienste einen Bonus und 14 einen Malus erhielten. Die meisten Fraktionen fanden den in der ersten Lesung akzeptierten Vorschlag aber besser. Demnach befänden sich zwei Drittel der Gemeinden auf einem guten Kurs, und ein Drittel schlage nach oben oder unten aus. Diese Spitzen wolle man sowohl nach oben wie auch nach unten gering halten.

In der Schlussabstimmung pasierte das revidierte Filag in zweiter Lesung mit 134 zu 11 Stimmen komfortabel. Der Finanz- und Lastenausgleich leistet einen Ausgleich zwischen finanzstarken und -schwachen Gemeinden. Die Revision verfolgte verschiedene Ziele. So wurden etwa bestehende, falsche Anreize ausgemerzt werden. Bisher konnte es vorkommen, dass Gemeinden ihre Steuern nicht senkten, um weiterhin in den Genuss von Ausgleichszahlungen zu kommen. Eine weitere Stossrichtung war die Sozialhilfe. Hier wird das Controlling verstärkt. Das Filag ermöglicht ausserdem den Einsatz von Sozialinspektoren. (SDA/SAT)

Neuer Streit um die Berner Reitschule

Bern Die Reitschule sorgt erneut für Zwist: Die zuständige stadträtliche Kommission empfiehlt den Leistungsvertrag 2012 bis 15 mit der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) zur Ablehnung.

Erstens habe der Gemeinderat die Konsequenzen aus einer Motion der Fraktion GFL/EVP nicht gezogen, begründete die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) gestern ihren Entscheid. Der Vorstoss zielte darauf ab, die Reitschul-Betreiber zu mehr Sicherheitsanstrengungen zu verpflichten. Ausserdem liege der definitive Vertrag mit der IKuR noch gar nicht vor, hielt die Kommission weiter fest. Deshalb könne sie den Leistungsvertrag nicht zur Annahme empfehlen. Das letzte Wort hat der Stadtrat am 3. März.

Grösser als mancher Kanton

Bern-Mittelland Der Regierungsrat will prüfen, wie der Verwaltungskreis Bern-Mittelland optimiert werden könnte. Der Grosse Rat hat gestern ein entsprechendes Postulat mit 101 zu 33 Stimmen bei 6 Enthaltungen überwiesen. Die von der SVP erhobene Forderung zielt darauf ab, den Verwaltungskreis Bern-Mittelland aufzuteilen. Der Verwaltungskreis umfasse 98 Gemeinden mit rund 386 000 Einwohnern und sei damit grösser als

Linksparteien reagierten erbost: So warf das Grüne Bündnis der SBK vor, sie missachte den Volkswillen. Schliesslich habe sich der Berner Souverän im letzten Herbst klar hinter die «Kulturinstitution Reitschule» gestellt. Auch die Junge Alternative warf der Kommission «unsinnige Zwängerei» vor. Die Richtlinienmotion sei längstens erfüllt. So verfüge die Reitschule seit dem Abschluss der neuen Sicherheitsvereinbarung im

Die Reitschule verfügt neu über einen Sicherheitsdienst

November 2009 über einen Sicherheitsdienst. Sie habe auch verbindliche Ansprechpersonen für die Stadt. Der Leistungsvertrag sieht Zahlungen von total 1,52 Millionen Franken vor, also 380 000 Franken pro Jahr. (SDA)

mancher Kanton, machten die SVP-Votanten geltend. Rund 40 Prozent der Kantonsbevölkerung wohne in dieser Region. Heute sei ein einziger Regierungstatthalter für das riesige Gebiet zuständig. Das Gebilde sei zu gross, zu schwerfällig und zu ineffizient. Die Probleme seien erkannt, betonte Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP). Es seien bereits verschiedene Optimierungsmassnahmen ergriffen worden. (SDA)